

# Inhalt

Vorwort . . . . .	5
Literatur . . . . .	21
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	25
<b>A. Einführung . . . . .</b>	<b>29</b>
<b>§ 1 Das Staatsorganisationsrecht in der Rechtsordnung . . . . .</b>	<b>30</b>
I. Staatsorganisationsrecht – Staatsrecht – Öffentliches Recht . . . . .	30
II. Staatsrecht – Verfassungsrecht . . . . .	31
III. Literatur . . . . .	32
<b>§ 2 Elemente des Staatsbegriffs . . . . .</b>	<b>33</b>
I. Staatslehre und Staatsrechtslehre . . . . .	33
II. Die Drei-Elemente-Lehre . . . . .	34
III. Der Staat als juristische Person . . . . .	34
IV. Literatur . . . . .	36
<b>B. Die Parlamentarische Demokratie . . . . .</b>	<b>37</b>
<b>§ 3 Wahlen und Abstimmungen . . . . .</b>	<b>38</b>
I. Die Wahlsysteme . . . . .	38
1. Das Mehrheitswahlrecht . . . . .	38
2. Das Verhältniswahlrecht . . . . .	39
II. Die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 GG . . . . .	40
1. Grundsatz 1: Die Allgemeinheit der Wahl . . . . .	40
2. Grundsatz 2: Die Unmittelbarkeit der Wahl . . . . .	41
3. Grundsatz 3: Die Geheimheit der Wahl . . . . .	42
4. Grundsatz 4: Die Freiheit der Wahl . . . . .	43
5. Grundsatz 5: Die Gleichheit der Wahl . . . . .	44

III. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes . . . . .	45
IV. Abstimmungen . . . . .	49
V. Rechtsprechung . . . . .	51
VI. Literatur . . . . .	52
<b>§ 4 Die politischen Parteien . . . . .</b>	<b>53</b>
I. Die Funktion der politischen Parteien in der parlamentarischen Demo- kратie . . . . .	53
1. Der Begriff der „politischen Partei“ . . . . .	53
2. Gründungsfreiheit und innere Ordnung der Parteien . . . . .	54
3. Die Mitwirkung bei der „politischen Willensbildung des Volkes“ . . . . .	55
II. Die Chancengleichheit der Parteien . . . . .	56
1. Materiler und formaler Gleichheitssatz . . . . .	56
2. Die Ausformung der Chancengleichheit durch das Parteiengesetz . . . . .	57
3. Die gerichtliche Durchsetzung der Chancengleichheit . . . . .	58
III. Die staatliche Parteienfinanzierung . . . . .	59
1. Wahlkampfkostenerstattung (§§ 18 ff. ParteiG) . . . . .	59
2. Die steuerliche Begünstigung von Mitgliedsbeiträgen und Partei- spenden (§§ 10 b, 34 g EStG) . . . . .	60
3. Der Chancenausgleich (§ 22 a ParteiG) . . . . .	61
IV. Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 Abs. 2 GG) . . . . .	61
1. Die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ als Schutzgut . . . . .	62
2. Das Verbotsverfahren (§§ 43 ff. BVerfGG) . . . . .	62
3. Rechtsfolgen des Parteiverbots . . . . .	63
V. Übersicht: Einnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien (1987) . . . . .	64
VI. Rechtsprechung . . . . .	65
VII. Literatur . . . . .	65
<b>§ 5 Der Bundestag . . . . .</b>	<b>66</b>
I. Funktionen des Parlaments im parlamentarischen Regierungssystem . . . . .	66
1. Wahlfunktion . . . . .	66
2. Kontrollfunktion . . . . .	66
a) Zitier- und Interpellationsrecht (Art. 43 Abs. 1 GG) . . . . .	66
b) Einsetzung von Untersuchungsausschüssen (Art. 44 GG) . . . . .	67
c) Schlichte Parlamentsbeschlüsse . . . . .	69
3. Gesetzgebungsfunktion (Gesetzgebungsverfahren I) . . . . .	69
a) Gesetzesinitiative (Art. 76 GG) . . . . .	69
b) Gesetzesberatung . . . . .	71

c) Gesetzesbeschluß (Art. 77 Abs. 1 GG) . . . . .	72
4. Repräsentationsfunktion . . . . .	74
II. Organisation und Arbeitsweise des Bundestages . . . . .	75
1. Präsident, Präsidium, Ältestenrat . . . . .	75
a) Der Bundestagspräsident (Art. 40 GG) . . . . .	75
b) Das Präsidium . . . . .	76
c) Der Ältestenrat . . . . .	76
2. Die Bundestagsausschüsse . . . . .	77
3. Fraktionen . . . . .	78
4. Wahlperiode des Bundestages (Art. 39 Abs. 1 GG) . . . . .	80
III. Die Rechtsstellung des Abgeordneten . . . . .	81
1. Das parlamentarische Mandat (Art. 38 Abs. 1 GG) . . . . .	81
2. Indemnität und Immunität (Art. 46 GG) . . . . .	83
a) Indemnität (Art. 46 Abs. 1 GG) . . . . .	83
b) Immunität (Art. 46 Abs. 2 GG) . . . . .	84
3. Parlamentarische Rechte des Abgeordneten . . . . .	85
4. Anspruch auf angemessene Entschädigung (Art. 48 Abs. 3 GG) . . . . .	86
5. Pflichten der Abgeordneten . . . . .	86
IV. Übersicht: Verfahren der Bundesgesetzgebung (Initiative, Beratung, Gesetzesbeschluß) . . . . .	88
V. Rechtsprechung . . . . .	88
VI. Literatur . . . . .	89
<b>§ 6 Der Bundesrat</b> . . . . .	90
I. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bundesrates . . . . .	90
II. Die Mitwirkung des Bundesrates an der Gesetzgebung des Bundes (Gesetzgebungsverfahren II) . . . . .	92
1. Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	92
2. Zustimmungsbedürftigkeit von Änderungsgesetzen . . . . .	95
3. Das Vermittlungsverfahren (Art. 77 Abs. 2 GG) . . . . .	98
a) Das Vermittlungsverfahren bei Einspruchsgesetzen . . . . .	98
b) Das Vermittlungsverfahren bei Zustimmungsgesetzen . . . . .	99
4. Das Zustandekommen von Bundesgesetzen (Art. 78 GG) . . . . .	99
III. Die Beteiligung des Bundesrates an Regierung und Verwaltung des Bundes . . . . .	100
1. Die Zustimmungsbedürftigkeit von Rechtsverordnungen (Art. 80 Abs. 2 GG) . . . . .	100
2. Die Zustimmungsbedürftigkeit von Verwaltungsvorschriften (Art. 84 Abs. 2, 85 Abs. 2 GG) . . . . .	102

IV. Übersichten . . . . .	103
V. Rechtsprechung . . . . .	104
VI. Literatur . . . . .	105
<b>§ 7 Die Bundesregierung . . . . .</b>	<b>106</b>
I. Der Bundeskanzler („Kanzlerprinzip“) . . . . .	106
1. Die Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 GG) . . . . .	106
2. Die persönliche Rechtsstellung des Bundeskanzlers . . . . .	107
3. Kompetenzen . . . . .	108
a) Die Richtlinienkompetenz (Art. 65 Satz 1 GG) . . . . .	108
b) Personalentscheidungen und Organisationsgewalt . . . . .	109
c) Die Geschäftsleitungsbefugnis . . . . .	110
4. Vertrauensfrage und Mißtrauensvotum (Art. 67, 68 GG) . . . . .	110
II. Die Bundesminister („Ressortprinzip“) . . . . .	112
1. Die selbständige Leitung des Geschäftsbereiches (Art. 65 Satz 2 GG) . . . . .	112
2. Die einzelnen Ressorts . . . . .	112
3. Die Verantwortlichkeit der Bundesminister . . . . .	113
III. Die Bundesregierung als Kollegialorgan („Kabinettsprinzip“) . . . . .	114
IV. Rechtsprechung . . . . .	115
V. Literatur . . . . .	115
<b>§ 8 Der Bundespräsident . . . . .</b>	<b>117</b>
I. Die Stellung des Staatsoberhauptes im Regierungssystem . . . . .	117
1. Die Stellung des Reichspräsidenten nach der Weimarer Reichsverfassung . . . . .	117
2. Die Parlamentarisierung des Regierungssystems durch das Grundgesetz . . . . .	118
II. Staatsrechtliche Kompetenzen des Bundespräsidenten . . . . .	119
1. Die völkerrechtliche Vertretung des Bundes (Art. 59 Abs. 1 GG) . . . . .	119
2. Ernennung und Entlassung von Amtsträgern des Bundes (Art. 60 Abs. 1, 64 Abs. 1 GG) . . . . .	120
3. Die Ausfertigung und Verkündung von Bundesgesetzen (Gesetzgebungsverfahren III) . . . . .	121
4. Auflösung des Bundestages (Art. 63 Abs. 4, 68 Abs. 1 GG) . . . . .	124
5. Das Begnadigungsrecht (Art. 60 Abs. 2 GG) . . . . .	125
III. Die Rechtsstellung des Bundespräsidenten . . . . .	126
1. Die Wahl des Bundespräsidenten (Art. 54 GG) . . . . .	126
2. Inkompatibilität und Immunität (Art. 55, 60 GG) . . . . .	127

3. Die Gegenzeichnung (Art. 58 GG) . . . . .	127
4. Die Präsidentenanklage (Art. 61 GG) . . . . .	128
IV. Rechtsprechung . . . . .	129
V. Literatur . . . . .	129
<b>§ 9 Die Haushaltsgesetzgebung des Bundes</b> . . . . .	<b>130</b>
I. Verfahren der Haushaltsgesetzgebung und Haushaltszyklus . . . . .	130
1. Die Budgetinitiative (Art. 110 Abs. 3 GG) . . . . .	131
2. Haushaltsberatungen und Beschluß des Haushaltsgesetzes . . . . .	131
3. Der Haushaltsvollzug . . . . .	133
4. Die Haushaltskontrolle (Art. 114 GG) . . . . .	133
II. Haushaltsgesetz und Haushaltsplan . . . . .	133
1. Zur Rechtsnatur des Haushaltsgesetzes (Haushaltsplans) . . . . .	134
2. Die Haushaltsgrundsätze (Art. 110 GG) . . . . .	135
3. Kreditbeschaffung (Art. 115 GG) . . . . .	138
III. Das Nothaushaltsrecht . . . . .	138
1. Haushaltsführung ohne Haushalt (Art. 111 GG) . . . . .	138
2. Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben (Art. 112 GG) . . . . .	139
IV. Die verfassungsgerichtliche Kontrolle der Haushaltsgesetzgebung . . . . .	141
V. Übersicht: Der Haushaltszyklus . . . . .	142
VI. Rechtsprechung . . . . .	143
VII. Literatur . . . . .	143
<b>C. Der Bundesstaat</b> . . . . .	<b>145</b>
<b>§ 10 Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen</b> . . . . .	<b>147</b>
I. Die Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder (Art. 70 GG) . . . . .	147
II. Die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	148
1. Die Bundeskompetenzen nach Art. 71, 73 GG . . . . .	148
2. Kompetenzzuweisungen durch den Begriff „Bundesgesetz“ . . . . .	149
III. Die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes (Art. 72, 74, 74 a GG) . . . . .	149
1. Zeitliche und sachliche Sperrwirkung . . . . .	149
2. Das „Recht der Wirtschaft“ (Art. 74 Nr. 11 GG) . . . . .	151
3. Das Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung (Art. 72 Abs. 2 GG) . . . . .	152

IV. Die Rahmenkompetenz des Bundes (Art. 75 GG) . . . . .	153
1. Die Rahmenkompetenz als Unterfall der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz . . . . .	154
2. Die Gegenstände der Rahmenkompetenz (Art. 75 GG) . . . . .	155
3. Das Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung (Art. 72 Abs. 2 GG) . . . . .	155
V. Grundsatzgesetzgebung des Bundes (Art. 91 a Abs. 2, 109 Abs. 3 GG) .	156
VI. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes? . . . . .	156
1. Bundeskompetenzen kraft Sachzusammenhangs . . . . .	157
2. „Annex-Kompetenz“ . . . . .	157
3. Bundeskompetenzen „aus der Natur der Sache“ . . . . .	158
VII. Übersicht: Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes . . . . .	159
VIII. Rechtsprechung . . . . .	159
IX. Literatur . . . . .	160
<b>§ 11 Die Ausführung der Bundesgesetze durch Landes- und Bundesverwaltung . . . . .</b>	<b>161</b>
I. Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder . . . . .	161
1. Die Ausführung der Bundesgesetze als landeseigene Angelegenheit (Art. 83, 84 GG) . . . . .	162
a) Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren (Art. 84 Abs. 1 GG) . . . . .	162
b) Der Erlaß von Verwaltungsvorschriften (Art. 84 Abs. 2 GG) . . .	164
c) Die Rechtsaufsicht des Bundes (Art. 84 Abs. 3 GG) . . . . .	164
d) Aufsichtsmaßnahmen (Art. 84 Abs. 3 und 4 GG) . . . . .	165
2. Die Ausführung der Bundesgesetze im Auftrage des Bundes (Art. 85 GG) . . . . .	166
a) Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren; Verwaltungsvorschriften (Art. 85 Abs. 1 und 2 GG) . . . . .	167
b) Das Bund-Länder-Verhältnis bei der Auftragsverwaltung . . . .	167
II. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung .	168
1. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau (Typ 1) . . . . .	169
2. Die Ausführung der Bundesgesetze durch Bundesoberbehörden (Typ 2) . . . . .	171
3. Die Ausführung der Bundesgesetze durch bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (Typ 3) . . . . .	172
III. Verfassungsgrundsätze der Verwaltungsorganisation . . . . .	173

1. Das Verbot der Mischverwaltung . . . . .	173
2. Typenzwang für bundeseigene Verwaltung? . . . . .	174
3. Die Gesetzgebungskompetenzen als Grenze der Verwaltungskompetenzen . . . . .	175
4. Flucht ins Privatrecht . . . . .	176
IV. Übersicht: Die Ausführung der Bundesgesetze durch Bundes- und Landesverwaltung . . . . .	178
V. Rechtsprechung . . . . .	179
VI. Literatur . . . . .	179
<b>§ 12 Gerichtsorganisation und Rechtsprechung des Bundes . . . . .</b>	<b>180</b>
I. Der Gerichtsaufbau in der Bundesrepublik . . . . .	180
II. Bundesgerichte als Instanzgerichte . . . . .	181
1. Das Bundespatentgericht . . . . .	182
2. Bundesdisziplinargericht und Truppendienstgerichte (Art. 96 Abs. 4 GG) . . . . .	182
3. Staatsschutzsachen (Art. 96 Abs. 5 GG) . . . . .	182
III. Übersichten . . . . .	184
IV. Rechtsprechung . . . . .	185
V. Literatur . . . . .	185
<b>§ 13 Steuergesetzgebungskompetenzen und Verteilung des Steueraufkommens . . . . .</b>	<b>186</b>
I. Die Kompetenzen zur Steuergesetzgebung . . . . .	186
1. Art. 105 GG als lex specialis der Steuergesetzgebung . . . . .	186
2. Der Steuerbegriff . . . . .	187
3. Kompetenzarten . . . . .	188
a) Die ausschließliche Bundeskompetenz . . . . .	188
b) Die konkurrierende Steuergesetzgebung . . . . .	188
c) Die ausschließliche Steuergesetzgebung der Länder . . . . .	189
d) Die Zustimmungsbedürftigkeit von Steuergesetzen . . . . .	190
II. Die Verteilung des Steueraufkommens . . . . .	190
1. Die Regelungsmodelle . . . . .	190
2. Die Regelung des Art. 106 GG im einzelnen . . . . .	191
a) Trennsystem (Art. 106 Abs. 1, 2 und 6 GG) . . . . .	191
b) Verbundsystem (Art. 106 Abs. 3 und 5 GG) . . . . .	192
III. Der Finanzausgleich . . . . .	192
1. Die Verteilung des Länderanteils an den Gemeinschaftssteuern . . . . .	193

2. Horizontaler (sekundärer) Finanzausgleich . . . . .	193
IV. Übersichten . . . . .	196
V. Rechtsprechung . . . . .	197
VI. Literatur . . . . .	197
<b>§ 14 Das bundesstaatliche Rechtsverhältnis . . . . .</b>	<b>198</b>
I. Das Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 GG) . . . . .	198
II. Die Pflicht zum bundesfreundlichen Verhalten (Bundestreue) . . . . .	199
III. Der Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG) . . . . .	200
IV. Der Bundeszwang (Art. 37 GG) . . . . .	201
V. Moderne Gestaltungsformen bundesstaatlicher Zusammenarbeit . . . . .	203
1. Die Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91 a und b GG) . . . . .	203
2. Der „paktierende Föderalismus“ . . . . .	204
3. Die Selbstkoordination der Länder . . . . .	204
VI. Rechtsprechung . . . . .	205
VII. Literatur . . . . .	205
<b>D. Der Rechtsstaat . . . . .</b>	<b>207</b>
<b>§ 15 Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen . . . . .</b>	<b>208</b>
I. Die Trennung der Staatsfunktionen . . . . .	209
1. Gesetzgebung (Rechtsetzung) . . . . .	209
2. Vollziehung . . . . .	209
3. Rechtsprechung . . . . .	210
II. Die Konstituierung „besonderer“ Organe . . . . .	210
III. Die Zuweisung der Funktionen an die verschiedenen Staatsorgane . . . . .	211
IV. Die Einrichtung von Kontrollen . . . . .	212
V. Übersicht: Trennung und Zuordnung der Staatsfunktionen . . . . .	213
VI. Rechtsprechung . . . . .	214
VII. Literatur . . . . .	214
<b>§ 16 Die Rechtsgebundenheit der Staatsorgane . . . . .</b>	<b>215</b>
I. Die Dichotomie von „Gesetz und Recht“ (Art. 20 Abs. 3 GG) . . . . .	215
II. Die rechtsstaatliche Normenhierarchie . . . . .	215

1. Die Verfassung . . . . .	216
2. Das Parlamentsgesetz . . . . .	216
3. Rechtsverordnungen . . . . .	217
III. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	219
1. Der Vorrang der Verfassung . . . . .	219
2. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	219
IV. Rechtsprechung . . . . .	220
V. Literatur . . . . .	220
<b>§ 17 Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte . . . . .</b>	<b>222</b>
I. Die Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG) . . . . .	222
1. Der Begriff der „öffentlichen Gewalt“ . . . . .	222
2. Behauptung der Verletzung subjektiver Rechte . . . . .	223
3. Rechtsweg als Weg zu Gerichten . . . . .	224
4. Der Grundsatz der „Rechtsschutzeffektivität“ . . . . .	224
II. Die richterliche Unabhängigkeit (Art. 97 GG) . . . . .	225
1. Die sachliche Unabhängigkeit des Richters (Art. 97 Abs. 1 GG) . . . . .	225
2. Die persönliche Unabhängigkeit (Art. 97 Abs. 2 GG) . . . . .	226
III. Der gesetzliche Richter (Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG) . . . . .	227
IV. Rechtsprechung . . . . .	229
V. Literatur . . . . .	229
<b>§ 18 Das Bundesverfassungsgericht . . . . .</b>	<b>230</b>
I. Der Rechtsstatus des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	230
II. Zur Organisation des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	232
1. Die Richterwahl (Art. 94 Abs. 1 GG) . . . . .	232
2. Wahlvoraussetzungen und Rechtsstellung der Richter . . . . .	233
III. Das Bundesverfassungsgericht im Spannungsfeld von Recht und Politik . . . . .	234
IV. Rechtsprechung . . . . .	237
V. Literatur . . . . .	237
<b>§ 19 Verfassungsgerichtliche Verfahrensarten . . . . .</b>	<b>239</b>
I. Das Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG; §§ 13 Nr. 5, 63 ff. BVerfGG) . . . . .	240
1. Rechtsnatur der Organstreitigkeit . . . . .	240
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	241

a) Parteifähigkeit (§ 63 BVerfGG) . . . . .	241
b) Antragsbefugnis (§ 64 Abs. 1, 2 BVerfGG) . . . . .	242
c) Entscheidung (§ 67 BVerfGG) . . . . .	243
II. Die Bund-Länder-Streitigkeit (Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68 ff. BVerfGG) . . . . .	244
1. Rechtsnatur und Ausgestaltung des Verfahrens . . . . .	244
2. Zur gegenwärtigen Bedeutung der Bund-Länder-Streitigkeit . . . . .	245
III. Die abstrakte Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG) . . . . .	245
1. Rechtsnatur der abstrakten Normenkontrolle . . . . .	245
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	246
a) Antragsberechtigung . . . . .	246
b) Prüfungsgegenstand . . . . .	247
c) Die Antragsbefugnis (§ 76 BVerfGG) . . . . .	248
3. Prüfungsmaßstab und Entscheidung . . . . .	249
IV. Die konkrete Normenkontrolle (Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 13 Nr. 11, 80 ff. BVerfGG) . . . . .	250
1. Die richterliche Kompetenz zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen . . . . .	251
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	251
a) Vorlageberechtigung . . . . .	251
b) Vorlagefähige Norm . . . . .	252
c) Entscheidungserheblichkeit . . . . .	253
d) Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit der Norm . . . . .	254
3. Die Normenkontrollentscheidung . . . . .	254
V. Die Verfassungsbeschwerde (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 a GG, §§ 13 Nr. 8 a, 90 ff. BVerfGG) . . . . .	254
1. Rechtsnatur der Verfassungsbeschwerde . . . . .	254
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	255
a) Beschwerdefähigkeit (Antragsberechtigung) . . . . .	255
b) Akt der „öffentlichen Gewalt“ . . . . .	255
c) Beschwerdebefugnis . . . . .	255
d) Frist . . . . .	256
e) Erschöpfung des Rechtswegs (§ 90 Abs. 2 BVerfGG) . . . . .	257
3. Das Annahmeverfahren (§§ 93 a–c BVerfGG) . . . . .	257
VI. Übersichten . . . . .	259
VII. Rechtsprechung . . . . .	261
VIII. Literatur . . . . .	262

<b>E. Das Sozialstaatsprinzip</b> . . . . .	263
<b>§ 20 Die Bundesrepublik als Sozialstaat</b> . . . . .	266
I. Grundgesetzliche Ausformungen des Sozialstaatsprinzips . . . . .	266
1. Die Bewältigung der Kriegsfolgen . . . . .	266
2. Die Sozialversicherung . . . . .	266
3. Die Sozialhilfe . . . . .	267
4. Arbeitsrecht, insbesondere Arbeitsschutz . . . . .	267
5. Die Ausbildungsförderung . . . . .	267
II. Das Sozialstaatsprinzip in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	268
1. Die allgemeine Bedeutung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	268
2. Sozialstaatsprinzip und „Daseinsfürsorge“ . . . . .	269
3. Sozialstaatsprinzip und Sozialversicherung . . . . .	269
III. Schranken des Sozialstaates? . . . . .	269
IV. Übersicht . . . . .	271
V. Rechtsprechung . . . . .	272
VI. Literatur . . . . .	272
<b>F. Der Schutz der Verfassung</b> . . . . .	273
<b>§ 21 Institute zur Sicherung der Verfassung</b> . . . . .	274
I. Der Bestandsschutz des Grundgesetzes . . . . .	274
1. Die erschwerte Abänderbarkeit der Verfassung (Art. 79 Abs. 2 GG) . . . . .	274
2. Das Verbot der Verfassungsdurchbrechung (Art. 79 Abs. 1 Satz 1 GG) . . . . .	275
3. Die sog. „Klarstellungsklausel“ (Art. 79 Abs. 1 Satz 2 GG) . . . . .	277
4. Grenzen der Verfassungsänderung (Art. 79 Abs. 3 GG) . . . . .	277
II. Verfassungsschutz im Innenbereich . . . . .	280
1. Die Verfassungstreue des Beamten . . . . .	281
2. Präsidentenanklage und Richteranklage (Art. 61, 98 Abs. 2 GG) . . . . .	282
3. Verfassungssicherung durch parlamentarische Kontrolle. . . . .	283
III. Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen . . . . .	284
1. Der nachrichtendienstliche Verfassungsschutz . . . . .	284
2. Abwehr konkreter Gefahren für die Verfassung . . . . .	284
3. Grundrechtsverwirkung, Vereins- und Parteiverbot (Art. 18, 9 Abs. 2, 21 Abs. 2 GG) . . . . .	285
4. Der strafrechtliche Verfassungsschutz . . . . .	286
IV. Rechtsprechung . . . . .	286

V. Literatur . . . . .	286
<b>§ 22 Die Notstandsverfassung . . . . .</b>	<b>288</b>
I. Notstand und Verfassungsstörung . . . . .	288
II. Der äußere Notstand . . . . .	289
1. Der Verteidigungsfall (Art. 115 a ff. GG) . . . . .	289
2. Der Spannungsfall (Art. 80 a Abs. 1 GG) . . . . .	290
3. Der Bündnisfall . . . . .	290
III. Der innere Notstand . . . . .	291
1. Der Katastrophenfall (Art. 35 Abs. 2 und 3 GG) . . . . .	291
2. Der Staatsnotstand (Art. 91 GG) . . . . .	293
IV. Kritik der Notstandsverfassung . . . . .	293
V. Literatur . . . . .	294
<b>G. Die Bundesrepublik in der Staatengemeinschaft . . . . .</b>	<b>295</b>
<b>§ 23 Die Auswärtige Gewalt . . . . .</b>	<b>296</b>
I. Bundes- und Landekompetenzen im Bereich der Auswärtigen Gewalt 296	
1. Abschluß- und Transformations-(Vollzugs-)kompetenz . . . . .	296
2. Die Bundeskompetenzen im Bereich der Auswärtigen Gewalt . . . . .	297
3. Die Teilhabe der Bundesländer an der Auswärtigen Gewalt . . . . .	299
II. Die Zuständigkeit der Bundesorgane im Bereich der Auswärtigen Gewalt . . . . .	300
1. Die Auswärtige Gewalt als Kompetenz der Exekutive . . . . .	301
2. Die Beteiligung von Bundestag und Bundesrat an Verträgen mit auswärtigen Staaten (Art. 59 Abs. 2 GG) . . . . .	301
3. Die Beteiligung des Bundespräsidenten an der Vertragsgesetzge- bung . . . . .	304
4. Die Verwaltungsabkommen (Art. 59 Abs. 2 Satz 2 GG) . . . . .	304
III. Die verfassungsgerichtliche Kontrolle der Auswärtigen Gewalt . . . . .	305
1. Vertragsgesetze als Gegenstand der abstrakten Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG) . . . . .	305
2. Die inhaltliche Kontrolle völkerrechtlicher Verträge durch das Bun- desverfassungsgericht . . . . .	306
IV. Übersichten: Völkerrechtliche Verträge . . . . .	308
V. Rechtsprechung . . . . .	310
VI. Literatur . . . . .	310

<b>§ 24 Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in internationalen Organisationen</b> . . . . .	<b>311</b>
I. Die Bundesrepublik als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	311
1. Das primäre Gemeinschaftsrecht . . . . .	312
2. Die Organe der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	312
3. Das „sekundäre“ Gemeinschaftsrecht . . . . .	313
4. Das Verhältnis von nationalem und supranationalem Recht . . . . .	314
5. Das Demokratie- und Föderalismusproblem . . . . .	315
II. Internationale Organisationen . . . . .	316
1. Vereinte Nationen (UNO) . . . . .	316
2. Der Europarat . . . . .	316
3. Nordatlantik-Vertrag (NATO) . . . . .	317
III. Übersichten . . . . .	318
IV. Rechtsprechung . . . . .	319
V. Literatur . . . . .	319
Artikel- und Paragraphenregister . . . . .	321
Sachregister . . . . .	324